

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

19. Wahlperiode

**AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

Lö/HaFA (Stadt)

28. Sitzung

03.03.17

**Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Stadt)**

28. Sitzung

am 3. März 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)  
Abg. Frau Dehne (SPD)  
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender  
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Herr Hinnens (CDU)  
Abg. Herr Gottschalk (SPD)  
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)  
Abg. Frau Steiner (FDP)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)  
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Staatsrat Strehl )  
Herr Sommer )  
Herr Fehren )  
Herr Meyer )  
Frau Dr. Saebetzki ) von der Senatorin für Finanzen  
Herr Schneider )  
Herr Dr. Weller )  
Herr Wieneke )

Frau Stripling	)	
Herr Knoop	)	
Herr Kahnert	)	
Frau Dr. Otten	)	
Herr Meyer-Stender	)	vom Rechnungshof
Frau Holsten	)	
Herr Thießen	)	von der Senatskanzlei
Frau Frese		vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Herr Schütte-Thuy		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Frau Odenkirchen		vom Senator für Inneres
Frau Moning		von der Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Winsemann	)	
Herr Hartwig	)	vom Gesamtpersonalrat Bremen
Frau Kummer		von Immobilien Bremen
Frau Mußmann		Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.29 Uhr.

## **Öffentlicher Teil**

### **I. Protokolle**

#### **1. Protokoll der 25. Sitzung vom 27. Januar 2017**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 25. Sitzung vom 27. Januar 2017.

#### **2. Protokoll der 26. Sitzung vom 10. Februar 2017**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 26. Sitzung vom 10. Februar 2017.

#### **3. Protokoll der 27. (Sonder-)Sitzung vom 24. Februar 2017**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

### **II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft**

#### **1. Überweisungen aus dem Plenum**

##### **1.1 Umsetzung und Kosten des Bremer Bäderkonzeptes**

**Antrag der Fraktion der FDP vom 9. Februar 2017**

**- Vorlage Drs. 19/463 S -**

**- Dieser Antrag ist federführend an die städtische Deputation für Sport und mitberatend an dem städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen worden. -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, die Beratung dieses Antrages zunächst auszusetzen und die städtische Deputation für Sport um einen Zwischenbericht über den dortigen Beratungsstand zu bitten. Eine inhaltliche Befassung mit dem Antrag der Fraktion der FDP - insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Haushaltsrelevanz - ist dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) erst möglich, nachdem die städtische Deputation für Sport ihre fachliche Auffassung zu den beantragten Maßnahmen mitgeteilt hat.

## **2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss**

### **2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 10. Februar 2017 -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

### **2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/343 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den beantragten Fristverlängerungen zu.

### III. Initiativen des Senats

#### 2. (Controlling-) Berichte

##### 2.1 Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - 2. Zwischenbericht

**hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 60 der Auftragsliste  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für  
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
- Vorlage 19/344 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den 2. Zwischenbericht der Senatorin für Finanzen zur Neuordnung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, über die vermutlichen finanziellen Auswirkungen der Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand zu berichten, sobald belastbare Zahlen vorhanden sind.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, den 3. Zwischenbericht zur Sitzung am 18. August 2017 vorzulegen.

##### 2.2 Deckung der Mehrbedarfe im Produktplan 07 Inneres - Umsetzungsstand zu den Maßnahmen des Ressorts Inneres zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken

**hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 21 der Auftragsliste  
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für  
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)  
- Vorlage 19/345 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts-

und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Senator für Inneres, spätestens zu den Haushaltsberatungen einen Abschlussbericht über die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen vorzulegen und schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Herrn Rupp an.

### **2.3 Auflösung und Neuordnung des Stadtamtes hier: Zwischenbericht zum aktuellen Stand, Berichtsbitte lfd. Nr. 84 der Auftragsliste - Vorlage 19/346 S -**

Die **Abg. Herren Rupp** und **Eckhoff** bitten im Rahmen der nächsten Berichterstattung die haushaltstechnische Gesamtwirkung der Auflösung und Neuordnung des Stadtamtes darzustellen. **Abg. Herr Eckhoff** ergänzt, dass er derzeit in dieser Angelegenheit eine teure politische Lösung befürchte und sich in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage stelle, ob es nicht einfacher und letztlich wirtschaftlicher gewesen wäre, dem Stadtamt - unter Verzicht auf eine Auflösung - gleich mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Auch interessiere ihn hinsichtlich des aktuellen Personalzuwachses in einigen Ressorts der Standpunkt der Senatorin für Finanzen.

**Frau Saebetzki** antwortet, die Personalplanung liege grundsätzlich zunächst in der Verantwortung der jeweiligen Fachressorts. Auch gehe sie davon aus, dass sich diese an bestehende Senatsbeschlüsse halten. Des Weiteren bittet Sie zu beachten, dass beim Projekt „Auflösung Neuordnung des Stadtamtes“ bislang nur die Umstrukturierung vollzogen werde. Der zweite notwendige Schritt nach der Umstrukturierung, die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Prozessverbesserung, stehe noch aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den vorgelegten Zwischenbericht zur Kenntnis und bittet im Rahmen der erneuten Berichterstattung in der Sitzung am 9. Juni 2017 um Darstellung der haushaltstechnischen Gesamtwirkung des Konzepts.

**2.4 Bericht zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenamthier: Berichtsbitte lfd. Nr. 82b der Auftragsliste  
- Vorlage 19/347 S -**

**Frau Frese** erklärt, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen habe einstimmig die Beschlussfassung im folgenden Auftrag erweitert:

*„Um die strukturell wirksame Finanzierung erforderlicher Personalressourcen des Schichtbetriebes sicherzustellen wird das Ressort aufgefordert, zu den anstehenden Haushaltsberatungen ein Konzept über die zukünftigen Aufgaben, die sich daraus ergebende Organisationen, mögliche Refinanzierung von Stellen aus Gebühren und der damit verbundenen Ressourcenausstattung vorzulegen.“*

Auch weist sie darauf hin, dass die aktuelle Personal-Ist-Zahl 9 Vollzeiteinheiten über der Sollzahl liege. Weitere Personaleinsparungen seien jedoch in Anbetracht des Schichtbetriebes nicht mehr möglich.

**Frau Saebetzki** ergänzt, ein aktueller Senatsbeschluss vom Dienstag sehe vor, dass das Hafenamth von weiteren Personaleinsparungen ausgenommen werde.

**Abg. Herr Liess** merkt an, dass eine endgültige Klärung dieser Problematik zwingend im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 erfolgen müsse.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht der Senatorin für Finanzen zur Personalsituation beim Hansestadt Bremischen Hafenamth zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 82b als erledigt an.

**2.5 Vorabmaßnahme Abriss Hauptgebäude mit Turnhalle OS Hermannsburg  
hier: Zeit - Maßnahmen - Plan für die Gesamtbaumaßnahme, Berichtsbitte lfd. Nr. 89 der Auftragsliste  
- Vorlage 19/351 S -**

**Abg. Herr Fecker** möchte wissen, ob es ein normaler Vorgang sei, das nach Freigabe der ES-Bau aufgrund einer nutzerbedingten Überarbeitung des Vorentwurfs eine Umplanung erfolge.

**Abg. Herr Eckhoff** kritisiert die mangelnde Transparenz bzw. Informationspolitik der Senatorin für Finanzen gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss bei dieser Baumaßnahme. Nachdem in der letzten Sitzung offenbar zunächst vergessene Abrisskosten in einer separaten Vorlage dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, könne nun dieser Vorlage entnommen werden, dass nach Freigabe der ES - Bau zur Sicherung der Finanzierung eine Flächenreduzierung erfolgt sei. Dieser Sachverhalt hätte dem Ausschuss bereits im Rahmen seiner Entscheidung über die Abrisskosten mitgeteilt werden müssen. Auch lasse sich dem vorgelegten Rahmenterminplan nicht entnehmen, wann die Baumaßnahme abgeschlossen und mit einer Inbetriebnahme zu rechnen sei.

**Frau Kummer** erwidert, die Abrisskosten für das Altgebäude seien bei der Planung nicht vergessen worden. Diese seien bereits Gegenstand der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung gewesen. In der Sache handle es sich jedoch bei der Abrissmaßnahme um ein eigenständiges Projekt, das nicht Teil des Projektes „Neubau“ sei. Aus diesem Grunde sei der Ausschuss auch separat mit den Abrisskosten befasst worden. Die Fertigstellung des Gebäudes soll im vierten Quartal 2019 erfolgen, um noch das Schuljahr 2019/2020 zu erreichen.

Richtig ist, dass nach Genehmigung der ES - Bau in Anbetracht eingeschränkter Finanzierungsmöglichkeiten in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 für diese Maßnahme die Notwendigkeit einer Umplanung, also der in der Vorlage beschriebenen Flächenreduzierung, bestanden habe. Eine derartige Umplanung sei bei solch umfangreichen Planungsprozessen nicht ungewöhnlich.

**Staatsrat Strehl** ergänzt, aktuell werde die RL - Bau durch das Finanzressort überarbeitet. Es sei beabsichtigt die Neufassung noch vor der Sommerpause dem Haushalts- und Finanzausschuss vorzulegen. Wesentliches Ziel der Neufassung sei es, eine ressortübergreifende Vereinheitlichung von Planungsprozessen zu erreichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Zeit - Maßnahmen - Plan für die Gesamtbaumaßnahme zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte lfd. Nr. 89 als erledigt an.

Abg. Frau Steiner verlässt um 15.55 Uhr den Sitzungssaal.

- 4. Vollzug der Haushalte  
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**
- 4.1 Verlagerung der Haushaltsmittel für die Kindertagespflege vom Produktplan 41 (Jugend und Soziales) zum Produktplan 21 (Kinder und Bildung)  
- Vorlage 19/348 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Verlagerung der Haushaltsmittel vom Produktplan 41 zum Produktplan 21 i.H.v. 9.103 Tsd. € sowie der Buchung der Einnahmen im PPL 21 ab dem 01.08.2017 zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

- 4.2 Produktgruppe 41.01.06 EGH SGB XII + Sonstige HzE SGB VII  
Nachbewilligung in Höhe von 8.000 €  
- Vorlage 19/349 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der (haushaltstechnischen) Nachbewilligung bei der Produktgruppe 41.01.06 (EGH SGB XII + Sonstige HzE SGB VII) in Höhe von 8.000 Tsd. Euro für investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Ausländer zu.

**5. Personalhaushalt/Stellenplan**

- 5.1 Entlastung der Schulvereine von der Aufgabe als Beschäftigungsträger im Sekundarbereich I Aufgabenbereich Ganztags und Einstellung der bisher tätigen Personen in den Dienst der Stadtgemeinde Bremen  
- Vorlage 19/350 S -**

Auf Nachfrage des Abg. Herrn Eckhoff erklärt **Frau Moning**, in der Sache handele es sich um eine kostenneutrale Mittelübertragung. Bisher sei eine Finanzierung der Mitarbeiter über Zuwendungen aus dem konsumtiven Haushalt erfolgt. Zukünftig werde dies durch eine entsprechende Verlagerung der konsumtiven Mittel durch den Personalhaushalt geschehen.

**Herr Hartwig** erklärt, der Gesamtpersonalrat begrüße diese Maßnahme sehr und hoffe, dass auch hinsichtlich der Stadtteilschulen eine vergleichbare Lösung gefunden werde.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die anliegende Senatsvorlage zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 2.262.900 € im Jahr 2017 durch Verlagerung von konsumtiven Mitteln in den Personalhaushalt zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stellentechnische Umsetzung vorzunehmen.

(Schluss der Sitzung um 16.06 Uhr)

gez. Jens Eckhoff  
Ausschussvorsitzender